



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Anfrage 2024-GC-55

Vorbehalte zur Koordination der Strassenbauarbeiten in Broc und auf dem Abschnitt Corbières–Villarvolard

Urheber/in:	Barras Eric / Remy-Ruffieux Annick
Anzahl Mitunterzeichner/innen:	0
Einreichung:	01.03.2024
Begründung:	---
Überweisung an den Staatsrat:	01.03.2024
Antwort des Staatsrats:	27.08.2024

I. Anfrage

Als Abgeordnete des Jauntals möchten wir unsere grosse Besorgnis über die künftigen Instandsetzungsarbeiten der Kantonsstrasse zwischen Corbières und Villarvolard zum Ausdruck bringen, die mit der Endphase der Arbeiten an der Ortsdurchfahrt von Broc zusammenfallen könnten.

Wir stellen die Notwendigkeit dieser Arbeiten nicht in Frage. Die Einwohnerinnen und Einwohner des Jauntals leiden jedoch seit mehreren Jahren unter erheblichen Unannehmlichkeiten, die mit den aufeinanderfolgenden Baustellen verbunden sind, zuerst im Gebiet von Bataille und dann an der Ortsdurchfahrt von Broc, wo die Arbeiten seit mehreren Monaten im Gang sind und demnächst wieder aufgenommen werden sollen.

Vor allem wegen der Bauarbeiten in Broc wird die Umleitung, die beim Knoten am unteren Ende der Route de Bataille eingerichtet wurde, von den Bewohnerinnen und Bewohnern unseres Tals, die zum Hauptort des Greyerzbezirks fahren oder die Autobahn benutzen, stark genutzt. Die Strasse zwischen Corbières und Villarvolard wird damit zu einer wichtigen Verkehrsachse.

Die lokale Bevölkerung ist beunruhigt wegen einer möglichen zeitlichen Überschneidung der Bauarbeiten in Broc mit denen zwischen Corbières und Villarvolard. Dies könnte in der Tat zu einer sehr problematischen Situation und insbesondere zur Lahmlegung des gesamten Jauntals und eines Teils des rechten Ufers führen. Auch die öffentlichen Verkehrsmittel sind betroffen, da es regelmässig zu Verspätungen kommt, mit der Folge, dass Passagiere ihre Anschlüsse verpassen.

Wir stellen weiter fest, dass der Tourismus durch den schwierigen Zugang zum Tal negativ beeinflusst wird. Die Fahrzeuge kehren oft um, wenn sie in den durch die Baustellenampeln verursachten Stau geraten, was zu einem zeitweiligen Boykott des Tals führt.

So stellen wir dem Staatsrat folgende Fragen:

1. Müssen diese Bauarbeiten unbedingt zur gleichen Zeit durchgeführt werden?

2. Ist es möglich, die Planung für eine der beiden Baustellen zu überdenken, um einen reibungslosen Verkehrsfluss zu gewährleisten und Unannehmlichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger zu vermeiden?
3. Könnten die Rettungskräfte bei einem schweren Unfall oder einem anderen Notfall (z. B. Brand) schnell genug zu diesen Strassenabschnitten gelangen, wenn beide Achsen gleichzeitig gesperrt werden?
4. Ist sich der Staatsrat dieser Problematik bewusst und gedenkt er, bei den zuständigen Ämtern zu intervenieren, um diese Arbeiten zu koordinieren, damit nicht ein ganzes Tal in Mitleidenschaft gezogen wird?

II. Antwort des Staatsrats

Die geplanten Arbeiten auf der Kantonsstrasse zwischen Corbières und Villarvolard waren bereits Gegenstand von zwei parlamentarischen Anfragen in den Jahren 2021 (2021-CE-57) und 2022 (2022-CE-328). Sie bestehen im Bau einer Veloverkehrsanlage zwischen den beiden Ortschaften.

Der Staatsrat ist sich bewusst, dass der Verkehr auf den beiden in der Anfrage erwähnten Strassenachsen während drei Monaten – die Arbeiten bei der Ortsdurchfahrt von Broc dauern bis Ende Juni – wegen der bei den Baustellen eingerichteten Lichtsignalanlagen behindert wird. Um die Auswirkungen auf den Verkehrsfluss zu den Stosszeiten zu verringern, sollen die Ampeln durch eine Handregelung mittels Sicherheitsleute ersetzt werden, die die Verkehrsphasen entsprechend dem tatsächlichen Verkehrsaufkommen optimieren und unnötig lange Rot-Phasen vermeiden können.

Der Staatsrat kann die einzelnen Fragen wie folgt beantworten:

1. Müssen diese Bauarbeiten unbedingt zur gleichen Zeit durchgeführt werden?

Es gibt keine absolute Notwendigkeit, diese beiden Baustellen, die nicht miteinander verbunden sind, gleichzeitig zu realisieren; weil aber die Arbeiten vergeben wurden, müssen sie auch durchgeführt werden. Das Tiefbauamt (TBA) verfolgt das allgemeine Ziel, Bauarbeiten möglichst nicht gleichzeitig durchzuführen, weil dies für die Verkehrsteilnehmenden besonders störend ist, doch lässt sich dies wegen nicht vorhersehbaren äusseren Zwängen, die jedes Projekt betreffen können, nicht immer vermeiden. Zur Erinnerung: Der Staatsrat gab in seiner Antwort auf die parlamentarische Anfrage von 2022 den Baubeginn für die zweite Hälfte des Jahres 2023 an.

Die Bauarbeiten können nur in einem bestimmten Zeitfenster durchgeführt werden, das durch Wetterbedingungen, das Ende des Winterdienstes (Schneepflug) und den Bodenschutz (das Abtragen der Erde kann nur unter bestimmten Feuchtigkeitsbedingungen erfolgen) vorgegeben ist. Darüber hinaus würde eine kurzfristige Verschiebung der Arbeiten zu höheren Kosten führen.

2. Ist es möglich, die Planung für eine der beiden Baustellen zu überdenken, um einen reibungslosen Verkehrsfluss zu gewährleisten und Unannehmlichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger zu vermeiden?

Um die Wartezeit der Fahrzeuge zu begrenzen und den Verkehrsfluss so wenig wie möglich zu beeinträchtigen, werden Ampeln mit differenzierter Phasenschaltung und vorrangiger Fahrtrichtung entsprechend den Stosszeiten eingesetzt. Die Situation wird sorgfältig analysiert und Korrekturmassnahmen wie die Verkehrslenkung mit Handregelung durch Sicherheitsleute sind geplant.

3. *Könnten die Rettungskräfte bei einem schweren Unfall oder einem anderen Notfall (z. B. Brand) schnell genug zu diesen Strassenabschnitten gelangen, wenn beide Achsen gleichzeitig gesperrt werden?*

Die beiden Achsen sind natürlich nicht für den Verkehr gesperrt, sondern werden durch Ampeln geregelt (Richtungsverkehr). Ausserdem haben Rettungsfahrzeuge mit eingeschaltetem Blaulicht und Sirene auch hier Vortritt. Was die Busse betrifft, so werden sie die Möglichkeit haben, ihre Anwesenheit dem Ampelsteuerungssystem mitzuteilen (Fernsteuerung oder GPS-Ortung), um bevorzugt zu werden. Schliesslich werden Fernbedienungen an die Feuerwehr sowie an Krankenwagen ausgehändigt.

4. *Ist sich der Staatsrat dieser Problematik bewusst und gedenkt er, bei den zuständigen Ämtern zu intervenieren, um diese Arbeiten zu koordinieren, damit nicht ein ganzes Tal in Mitleidenschaft gezogen wird?*

Der Staatsrat hat die Erklärungen des Amtes zur Kenntnis genommen und beabsichtigt nicht, einzugreifen.